

## Anmerkung

- 1 Daten zu häuslicher Gewalt oder Gewalt an Frauen werden von der iranischen Regierung zwar erhoben, aber nicht veröffentlicht. Aktuelle belastbare Daten, die alle iranischen Provinzen miteinschließen, liegen daher nicht vor. Journalist\*innen, die über Gewalt an Frauen berichten, berufen sich i.d.R. auf Zeitungsberichte, in denen z.B. von Morden an Frauen berichtet werden.

# Frauenrechte auf dem Rückzug? Ein feministischer Blick auf die Auswirkungen der politischen Entwicklungen in Tunesien

JANA BELSCHNER

Die tunesische Revolution von 2011 markiert einen wichtigen Wendepunkt für die Frauenrechte in Tunesien. Die Revolution, die durch breite Proteste gegen soziale Ungerechtigkeit, politische Unterdrückung und Korruption ausgelöst wurde, öffnete die Tür für einen demokratischen Wandel im Land. Frauen spielten eine entscheidende Rolle in diesem historischen Moment, indem sie aktiv an den Protesten teilnahmen und ihre Stimmen für Gleichberechtigung und Freiheit erhoben.

Die Revolution führte zur Entmachtung des autoritären Regimes von Präsident Zine El Abidine Ben Ali und eröffnete den Weg für demokratische und gleichstellungspolitische Reformen. In der neuen Verfassung, die 2014 verabschiedet wurde, wurden Frauenrechte explizit geschützt, und die Gleichstellung der Geschlechter wurde als grundlegender Wert des tunesischen Staates anerkannt. Die Verfassung garantierte Frauen das Recht auf Gleichberechtigung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, einschließlich politischer Partizipation, Bildung, Arbeit und Familie. Die tunesische Regierung setzte eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der Stellung der Frauen um. Dazu gehörten die Reform des Familienrechts, die die Gleichstellung von Frauen in Bezug auf Scheidung, Erbschaft und Sorgerecht für Kinder vorantrieb (Charrad 2015). Auch aufgrund des stetigen Drucks einer hochmobilisierten Zivilgesellschaft und einer aktiven Frauenbewegung enthielt die Verfassung weitreichende Quotenregelungen, die den politischen Einfluss von Frauen in der neuen Republik sichern sollten (Ennaji 2020). Parteien mussten nun 50% ihrer Wahllisten abwechselnd mit männlichen und weiblichen Kandidat\*innen besetzen; in den Kommunalwahlen von 2018 galt sogar eine Quote für die erstplatzierten Listenkandidat\*innen. Dies zeigte Wirkung: Der Frauenanteil in der tunesischen Nationalversammlung stieg von 26% in der Verfassungsgebenden Versammlung auf 31% nach den Wahlen 2014 und erreichte nahezu 50% in den Kommunalräten (Belschner 2022). Der Anteil von Frauen in der Regierung stieg von 9% im Jahr 2011 auf 10% im Jahr 2014 und 20% im Jahr 2016 (Ben Rhouma/Kchouk 2019).

Als Ergebnis dieser Fortschritte wurde Tunesien zu einem Vorreiter in der Region in Bezug auf Frauenrechte. Neben dem Anstieg der politischen Repräsentation von

Frauen verzeichnete das Land eine wachsende Anzahl von Frauen in Führungspositionen – wenn auch auf niedrigem Niveau (ebd. 2019).

### **Der Selbstputsch und seine politischen Folgen**

Vor ungefähr zwei Jahren nahm das hoffnungsvolle Projekt der tunesischen Demokratie dann ein jähes Ende. Inmitten einer Zeit politischer Instabilität, geprägt von Protesten gegen die von der islamistischen Partei Ennahda unterstützte Regierung und dem Zusammenbruch des tunesischen Gesundheitssystems aufgrund der COVID-19-Pandemie, führte Präsident Kais Saied, gestützt vom Militär, einen „Selbstputsch“<sup>1</sup> durch. Am 25. Juli 2021 entließ er unter Bezugnahme auf Artikel 80<sup>2</sup> der tunesischen Verfassung die Regierung von Hichem Mechichi, suspendierte die Abgeordneten des nationalen Parlaments und hob ihre Immunität auf (Zeit Online 2021). Am 23. August verlängerte Saied die Sperrung des Parlaments auf unbestimmte Zeit und setzte die Verfassung von 2014 offiziell außer Kraft. Ein Jahr nach seiner Machtübernahme, am 25.7.2022, fand ein Referendum über eine neue Verfassung statt, das jedoch von über zwei Dritteln der Wähler boykottiert wurde (Nassif 2022). Dennoch wurde die neue Verfassung verabschiedet. Im neuen System ernennt der Präsident den/die Premierminister\*in und das Kabinett. Die Legislative wird geschwächt und in zwei Organe gespalten. Die Justiz wird auf eine Verwaltungsfunktion der Exekutive unter der Kontrolle des Präsidenten reduziert, und der Präsident genießt weitreichende Immunität (Abouaoun/Hill/Siebert 2022). Im Dezember 2022 und Januar 2023 fanden auf dieser Grundlage parlamentarische Neuwahlen statt, die ebenfalls von einem großen Teil der Bevölkerung boykottiert wurden.

Die größte Frauenrechtsorganisation des Landes, die Association Tunisienne des Femmes Démocrates (ATFD), hat in einem aktuellen Bericht Bedenken hinsichtlich der neuen Verfassung geäußert (Boukhayatia 2022a). Artikel 5 der Verfassung von 2022 besagt, dass der Staat verpflichtet ist, „die Ziele des Islam in Bezug auf den Schutz von Leben, Ehre, Geld, Religion und Freiheit, Eigentum und Freiheit zu verwirklichen“. Dieser Zusatz gibt Anlass zur Sorge, da er die Möglichkeit eröffnet, religiöse Normen über das positive Recht zu stellen, da sie nun verfassungsrechtlichen Wert haben.

Mit der Aushöhlung demokratischer Institutionen und freier Wahlen hat sich auch die politische, wirtschaftliche, und soziale Lage der tunesischen Frauen verschlechtert. Tunesien sieht sich nun in einer gleichstellungspolitischen Sackgasse. Die hart erkämpften Fortschritte weg vom Staatsfeminismus (Debuysere 2016) und hin zu einer breiten, gesellschaftlichen Verankerung von Bürger\*innen- und Frauenrechten seit der Revolution 2011 scheinen auf dem Spiel zu stehen, und Frauen sehen sich mit immer größeren Hindernissen konfrontiert.

Eine beunruhigende Entwicklung ist der Rückgang der politischen Repräsentation von Frauen. Der Anteil der Frauen im tunesischen Parlament ist von 31% im Jahr

2014 auf alarmierende 16% im Jahr 2022 gesunken – auch wegen der durch Präsident Saied per Dekret abgeschafften Paritätsregelung von 2014 (Blaise 2022).

Auch die Ernennung von Najla Bouden zur ersten weiblichen Ministerpräsidentin Tunesiens und der arabischen Welt im Oktober 2021 wurde von vielen als Symbolakt betrachtet (Boukhayatia 2022b). So scheint es, als diente diese Nominierung eher dazu, ein positives Bild nach außen zu projizieren und europäische Partner\*innen angesichts des Putsches zu beruhigen, anstatt tatsächliche Veränderungen im politischen System herbeizuführen. Denn gleichzeitig fehlt es an konkreten Maßnahmen, um die Rechte und Möglichkeiten der Frauen in Tunesien zu stärken.

Ein Beispiel ist die mangelnde Umsetzung internationaler Verpflichtungen zur Förderung der Frauenrechte. Obwohl Tunesien nach der Revolution 2011 seine früheren Vorbehalte gegenüber der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) aufgehoben hat, sind keine konkreten Maßnahmen gefolgt. Zwischen 2017 und 2020 gab es zwar Anzeichen für Fortschritte, und Frauenrechtler\*innen hatten die Hoffnung auf eine Reform des Personenstandsrechts und des Staatsbürgerschaftsrechts. Seitdem ist jedoch wenig passiert, um diese Reformen umzusetzen.

Ein wichtiger Kampf tunesischer Feminist\*innen war eine Reform des Erbrechts. Dieses sieht vor, dass Frauen lediglich die Hälfte des Erbteils, der Männern vererbt wird, zusteht. Diese Ungleichbehandlung hat direkte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation von Frauen, insbesondere wenn es um das Vererben von Land geht, da Frauen oft von ihrem Recht auf Landbesitz und wirtschaftliche Unabhängigkeit ausgeschlossen werden. Dies führt zu einer weiteren Benachteiligung von Frauen auf dem Land, die bereits mit erschwertem Bedingungen und begrenzten Ressourcen konfrontiert sind. Am 11. März 2018 gingen tausende tunesische Frauen auf die Straße, um gegen die Ungleichheit bei der Erbschaft zu protestieren und eine Reform des Erbrechts zu fordern. Trotz der Bemühungen der Frauenbewegung gelang es im Jahr 2019 jedoch nicht, eine parlamentarische Mehrheit für einen entsprechenden Gesetzesentwurf zu gewinnen.

### **Verschärfung bestehender Ungleichheiten**

Auch im Staatsbürgerschaftsrecht besteht weiterhin Ungleichheit. Insbesondere diskriminiert es Frauen hinsichtlich der Übertragung der Staatsangehörigkeit auf Kinder. Bei Kindern, die außerhalb Tunesiens geboren werden, wird nur die väterliche Linie, nicht jedoch die mütterliche Linie bei der Verleihung der tunesischen Staatsangehörigkeit berücksichtigt. Diese Regelung führt zu Ungerechtigkeiten und schränkt die Rechte von Frauen und ihren Kindern ein. Im Alltagsleben ist Gleichstellung zudem kaum verankert. Laut einer vom tunesischen Ministerium für Familie, Frauen, Kinder und Senioren veröffentlichten Zeitbudgetstudie widmen tunesische Frauen täglich 8 bis 12 Stunden der Hausarbeit. Männer hingegen nehmen sich für diese Aufgaben durchschnittlich 45 Minuten Zeit. Der Wert dieser

unbezahlten Arbeit von Frauen wird auf 23,8 Milliarden Dinar geschätzt, d.h. fast die Hälfte des nationalen Bruttoinlandsproduktes Tunesiens (Boukhayatia 2021). Der jüngste Global Gender Gap Report stellt Tunesien ein schlechtes Zeugnis aus. Demnach hat sich das Land in puncto Frauenrechte seit 2018 um sieben Plätze verschlechtert und liegt nun auf Platz 126 von 156 Ländern weltweit (World Economic Forum 2022).

Auch der Anstieg der Gewalt gegen Frauen in Tunesien ist alarmierend. Insbesondere seit März 2020, als die Ausgangssperren im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie in Kraft traten, haben sich die Angriffe auf Frauen verfünfacht (Boukhayatia 2023). Dieser besorgniserregende Anstieg hat mehrere Verbände auf den Plan gerufen, die auf die dringende Notwendigkeit hinweisen, gegen dieses Phänomen vorzugehen. Gewalt gegen Frauen ist jedoch nicht nur in physischen Räumen präsent. In Tunesien wurden etwa 80% der Frauen im Internet Opfer von Angriffen (Boukhayatia 2023).

Für Yosra Frawes, frühere Präsidentin der ATFD, ist es kein Zufall, dass aktive Frauen in sozialen Netzwerken gezielt angegriffen werden. Sie betont, dass das ‚Lynchen‘ von Frauen, die sich in den sozialen Medien frei äußern, seien es Aktivistinnen oder Politikerinnen, darauf abziele, Frauen aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Diese gezielte Ansprache und Schikanierung von Frauen sei ein Versuch, sie zum Schweigen zu bringen und ihre Präsenz und Einflussnahme in der Gesellschaft zu reduzieren (Boukhayatia 2023).

Die geringe Anzahl von Frauen in politischen Positionen und ihre Bedrängnis im öffentlichen Raum hindert Frauen jedoch nicht daran, sich politisch zu engagieren – nach wie vor und mehr denn je sind sie integraler Bestandteil der demokratischen Zivilgesellschaft. In einem Interview betonte Monia Ben Jémia, ein Mitglied der ATFD, dass Feminist\*innen nicht mit Reformen rechnen, die auf die Umsetzung von CEDAW abzielen. Angesichts der Tatsache, dass das zukünftige Parlament voraussichtlich hauptsächlich aus Männern bestehen wird, sind Reformen, insbesondere in Bezug auf das Personenstandsrecht, für Präsident Saied offenbar nicht von höchster Priorität. Dies wirft Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Regierung hinsichtlich der Förderung der Frauenrechte auf. Ben Jémia versichert jedoch, dass die Frauenrechtsaktivist\*innen wachsam bleiben werden, um weitere Rückschritte bei den Frauenrechten zu verhindern (Boukhayatia 2022a).

Angesichts dieser Entwicklungen ist es von entscheidender Bedeutung, dass europäische Partner\*innen die tunesische Zivilgesellschaft – und insbesondere Frauenrechtsorganisationen und Aktivist\*innen – in ihrem Kampf für Gleichberechtigung und demokratische Frauenrechte unterstützen. Die tunesische Regierung muss ihre Verpflichtungen zum Schutz der Frauenrechte erfüllen und konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Gleichstellung und die Rechte der Frauen zu fördern. Für viele Beobachter\*innen ist es erschütternd, wie schnell die hart errungenen Fortschritte seit der Revolution 2011 zunichte gemacht wurden – auch wenn Diskrepanzen zwischen Verfassungstext und -realität bereits zuvor diskutiert werden (z.B. Wilde/

Sandhaus 2014). Doch es bleibt dabei: Nur ein demokratischer Staat kann die politische, wirtschaftliche, und soziale Gleichstellung garantieren. Und die tunesischen Frauenrechtsaktivist\*innen haben zu viel in eine demokratische Zukunft investiert, um sich erneut mit einem autoritär gelenkten Staatsfeminismus zufrieden zu geben.

## Literatur

- Abouaoun, Elie/Hill, Thomas/Siebert, Leo**, 2022: Tunisia's New Constitution Expands Presidential Power. What's Next for Its Democracy? United States Institute of Peace. Internet: <https://www.usip.org/publications/2022/07/tunisia-s-new-constitution-expands-presidential-power-whats-next-its-democracy> (15.8.2023).
- Belschner, Jana**, 2022: Electoral Engineering in New Democracies: Strong Quotas and Weak Parties in Tunisia. In: Government and Opposition. 57 (1), 108–125.
- Ben Rhouma, Amel/Kchouk, Bilel**, 2019: L'accès des femmes aux postes de gouvernance en Tunisie. Une analyse en termes de capacités. In: Travail, genre et sociétés. 41 (1), 105–125.
- Blaise, Lilia**, 2022. "Sana Ben Achour: ,Croire que l'on peut faire avancer la cause des femmes dans un contexte autoritaire est un leurre' In: Le Monde, 17.12.2022.
- Boukhayatia, Rihab**, 2021: Femmes Tunisiennes: La nécessité de faire le ménage dans les Inégalités. Internet: <https://nawaat.org/2021/12/14/femmes-tunisiennes-la-necessite-de-faire-le-menage-dans-les-inegalites/> (15.8.2023).
- Boukhayatia, Rihab**, 2022a: Droits des femmes en Tunisie: CEDAW réduite à néant. Internet: <https://nawaat.org/2022/12/21/droits-des-femmes-en-tunisie-cedaw-reduite-a-neant/> (15.8.2023).
- Boukhayatia, Rihab**, 2022b: Législatives 2022: Les femmes, rares et indéfinissables. Internet: <https://nawaat.org/2022/12/13/legislatives-2022-les-femmes-rares-et-indefinissables/> (15.8.2023).
- Boukhayatia, Rihab**, 2023: Violences faites aux femmes: Fictions légales et réalité sociale. Internet: <https://nawaat.org/2023/06/13/violences-faites-aux-femmes-fictions-legales-et-realite-sociale/> (15.8.2023).
- Charrad, Mounira Maya**, 2015: Progressive Law: How It Came about in Tunisia Women in the Revolution: Gender and Social Justice after the Arab Spring. In: Journal of Gender, Race, and Justice. 18 (2), 351–260.
- Debuysere, Loes**, 2016: Tunisian Women at the Crossroads: Antagonism and Agonism between Secular and Islamist Women's Rights Movements in Tunisia. In: Mediterranean Politics. 21 (2), 226–245.
- Ennaji, Moha**, 2020: Women's Activism in North Africa: A Historical and Socio-Political Approach. In: Darhour, Hanane/Dahlerup, Drude (Hg.): Double-Edged Politics on Women's Rights in the MENA Region. Cham, 157–178.
- Konrad-Adenauer-Stiftung**, 2014: Verfassung der Republik Tunesien. Internet: [https://www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=78440ca0-cee2-4369-7ed6-7f248127d3c0&group\\_id=272546](https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=78440ca0-cee2-4369-7ed6-7f248127d3c0&group_id=272546) (15.8.2023).
- Nassif, Hicham Bou**, 2022: Why the Military Abandoned Democracy. In: Journal of Democracy. 33 (1), 27–39.
- Wilde, Gabriele/Sandhaus, Jasmin**, 2014: Die Tunesische Verfassung zwischen demokratischem Anspruch und Verfassungsrealität. Zentrum für Europäische Geschlechterstudien. Internet: [https://repository.uni-muenster.de/document/miami/664ebc13-57f7-464b-8703-863e42b4f9ce/arbeitspapier\\_zeugs\\_2014\\_1.pdf](https://repository.uni-muenster.de/document/miami/664ebc13-57f7-464b-8703-863e42b4f9ce/arbeitspapier_zeugs_2014_1.pdf) (15.8.2015).
- World Economic Forum**, 2022: Global Gender Gap Report 2022. Internet: <https://www.weforum.org/reports/global-gender-gap-report-2022/> (15.8.2023).

**Zeit Online**, 2021: Staatschef Kais Saied erlässt Dekret für neue Regierung. 11.10.2021. Internet: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-10/tunesien-neue-regierung-kai-saied-hichem-mechichi> (15.8.2023).

## Anmerkungen

- 1 Bei einem Selbstputsch setzt ein demokratisch gewähltes Staatsoberhaupt das Parlament und/oder die Verfassung aus und verleiht sich selbst weitreichende Vollmachten.
- 2 Wortlaut von Artikel 80 der tunesischen Verfassung: „Im Falle einer unmittelbaren Gefahr für die Existenz des Vaterlandes und die Sicherheit oder die Unabhängigkeit des Staates, die die normale Arbeitsweise der staatlichen Institutionen unmöglich macht, kann der Präsident der Republik nach Konsultation des Regierungschefs und des Präsidenten der Abgeordnetenkammer sowie Unterrichtung des Präsidenten des Verfassungsgerichts alle Maßnahmen ergreifen, die die außergewöhnlichen Umstände erfordern. Der Präsident kündigt die Maßnahmen dem Volk in einer Erklärung an“ (Konrad-Adenauer-Stiftung 2014).